Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 220. 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Montag, 20. September 1926

Das Geheimnis von Thoiry

Es ist nur ein kleines Städtchen im Französischen Jura, dieses Thoiry, als Ausflugsort von Genf her beliebt, weil es im „Hotel du Jura" ein ausgezeichnetes Essen gibt. Jetzt hat dieser der großen Welt bisher ganz unbekannte französische Kurort einen Namen, dessen Klang ganz Europa erfüllt, einen Namen, den aber ein Geheimnis umhüllt; vorläufig wenigstens.

Denn was der deutsche und der französische Außenminister, jeder nur von einem Sekretär begleitet, dort in ihrer fünfstündigen Unterredung besprochen haben, soll Geheimnis bleiben, von dem auch das amtliche Kommuniqué nur wenig den Schleier lüftet. Man will schweigen, bis die beiden zu ihren Regierungen gesprochen haben, bei denen ja über alles die letzte Entscheidung liegt. Und es bleibt daher im Augenblick kaum etwas anderes übrig, als aus dem Wortlaut der Vereinbarung allerhand zu — mutmaßen.

Allerdings ist schon die Tatsache dieses fünfstündigen Zusammenseins überaus bedeutsam, wobei übrigens nicht vergessen werden soll, daß zum erstenmal seit dem Friedensschluß von Versailles ein deutscher Minister von Amts wegen französischen Boden betrat. Am bedeutsamsten ist in der Verlautbarung das Wort von der „Gesamtlösung" aller die beiden Länder betreffenden Fragen, die man im einzelnen durchgesprochen hat. Auch Stresemann hat in der Rede, die er den deutschen Pressevertretern hielt, die Tatsache der Behandlung aller Fragen deutlich unterstrichen. Wir brauchen nicht zu wiederholen, was deutscherseits ja schon tausendmal gesagt ist: Besetzungs- und Saarfrage, Eupen-Malmedy und die östliche Bündnispolitik Frankreichs — ganz abgesehen von den Dingen wie Minderheitenschutz und Grenzziehung im Osten, was Frankreich nur als Unterzeichner des Versailler Friedens interessieren sollte. Nicht zuletzt natürlich die Militärkontrollfrage.

Das würde aber alles nicht den Charakter einer Gesamtlösung bedeuten. Vielleicht ist man auf der richtigen Spur, wenn man die Betrachtung nun nach der wirtschaftlichen Seite hin erweitert. Auf Frankreich lastet das Währungsproblem, auf Deutschland aber der Dawes-Plan, der ja mit voller Wucht seit dem 1. September — nach der zweijährigen „Schon"frist — auf unseren Schultern liegt. Dazu kommen die engen wirtschaftlichen Verflechtungen, die ja soeben erst zu einer Vereinbarung wenigstens mit der französischen Eisenindustrie geführt haben. Allmählich macht doch die Ansicht Fortschritte, daß der Dawes-Plan unerfüllbar ist, mehren sich die Stimmen, daß die Übereignung der Milliarden aus Deutschland an das Ausland zu einer wirtschaftlichen Katastrophe führen muß, weil diese Bestimmung schwerste innere Widersprüche enthält. Das ganze wirtschaftspolitische und finanzielle System nicht bloß Europas ist aber aufgebaut auf diesem Plan und seine Abänderung würde eine Gesamtaufrollung dieses ganzen Systems bedeuten, das ja beispielsweise auch tief in die interalliierte Schuldenregulierung hineingreift. Der Gedanke, von dem der Plan erfüllt ist, ist aber der einer Zwangsknechtschaft Deutschlands den anderen gegenüber; werden aber der Geist von Locarno und die Idee unseres Eintritts in den Bund der gleichberechtigten Völker nun zur Wirklichkeit, so muß auch an die Stelle der einseitigen Zinsverknechtung der Gedanke eines gemeinsamen Wiederaufbaus treten, weil es die Kräfte eines einzelnen Volkes weit übersteigt, diese Arbeit allein leisten zu sollen. Die Voraussetzung dafür, daß dieses große wirtschaftliche Problem angepackt wird, ist aber eine wirkliche Änderung des Geistes des Mißtrauens und der Unterdrückung, den wir jetzt noch allzu reichlich verspüren — und ob eine solche Wandlung eintritt, kann erst die Zukunft lehren.

Und diese Zukunft wird auch das Geheimnis von Thoiry erst ganz enthüllen; wird enthüllen, ob in jenem Hotelzimmer das Schicksal uns die heiteren oder die schwarzen Lose beschert hat.

•

Loucheur kommt nach Berlin.

Zur Fortsetzung der Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich, wie in der Besprechung von Thoiry vereinbart, wird Loucheur am 3. Oktober in Berlin als Sondergesandter die Besprechungen wieder aufnehmen.

Die drei Hauptpunkte.

Nach Informationen, die beide Minister ihren Delegationen über die Verhandlungen von Thoiry gaben, haben hauptsächlich drei Punkte im Rahmen des Gesamtproblems der deutsch-französischen Beziehungen in der Unterredung die Hauptrolle gespielt, nämlich

1. die Frage der interalliierten Militärkontrolle,
2. der Rheinlandbesatzung und
3. die Saarfrage.

Zur ersten Frage sollen die beiden Minister vereinbart haben, daß die Militärkontrolle der Alliierten im Dezember bzw. Anfang nächsten Jahres endgültig aufgelöst werden soll und daß dann die Völkerbundkontrolle einsetzt, die wahrscheinlich nicht nach dem bisherigen vom Rat beschlossenen Plan ausgeübt werden wird. Der Rat dürfte sich im Dezember von neuem mit der Frage befassen und ein neues Kontrollsystem beschließen.

Bezüglich der Besprechungen über das Saargebiet wird Deutschlands Wunsch nach Wiedervereinigung mit dem Saargebiet bekannt. Schließlich wurde auch das Problem Eupen-Malmedy berührt, das zunächst allerdings als deutsch-belgische Frage angesehen werden mag.

Alle diese Fragen werden eingegliedert in den großen wirtschafts- und finanzpolitischen Plan, der eine enge Verbindung finanzieller und wirtschaftlicher Interessen zwischen Deutschland und Frankreich begründen soll. Hierbei spielt die Mobilisierung eines großen Teiles der Eisenbahnobligationen in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle. Es handelt sich voraussichtlich um den Betrag von anderthalb Milliarden. Auch weitere Finanzfragen und Fragen wirtschaftlicher Art werden in den Plan einbezogen.

Inzwischen ist Briand nach Paris zurückgekehrt. Er wird in den nächsten Tagen einen längeren Erholungsurlaub antreten. Minister Dr. Stresemann wird für Mitte dieser Woche in Berlin erwartet.

Die Abrüstungsdebatte in Genf.

Beschleunigung der Arbeiten verlangt.

Die vorbereitende Abrüstungskonferenz in Genf hat ihre Beratungen fortgesetzt. Im dritten Ausschuß führte der polnische Vertreter aus, daß ein bewaffneter Konflikt in Zukunft alle Kriege, die es bisher gegeben hätte, in den Schatten stellen würde. Es sei notwendig, die Frage der Abrüstung auf das gründlichste zu prüfen. Die Arbeiten, die die bisherige vorbereitende Kommission geleistet hätte, seien sehr wertvoll gewesen, doch dürfe man die Arbeiten nicht auf Kosten der Gründlichkeit beschleunigen wollen und lieber den Termin der Einberufung der Abrüstungskonferenz hinausschieben, als nur ein Flickwerk zu schaffen. Der schwedische Vertreter bezeichnete das von der vorbereitenden Abrüstungskommission aufgestellte Programm als zuweitgehend. Es wäre praktischer, die Arbeiten auf bestimmte Punkte zu konzentrieren, da man hierdurch eher zu positiven Resultaten gelangen könne. Ein Mißglücken der Abrüstungskonferenz bezeichnete er als eine Katastrophe für den Völkerbund und als eine schwere Enttäuschung für alle diejenigen, die ihre Hoffnungen auf ihn setzten. Der Vertreter Dänemarks sprach sich in ähnlicher Weise aus.

Die Kommission hat ferner den Vorschlag für eine Entschließung durchberaten, die der jugoslawische Delegierte vorgelegt hat. In ihr wird der Völkerbund aufgefordert, den Mitgliedern des Völkerbundes die Annahme der Grundsätze des Vertrages von Locarno zu empfehlen und seine Mithilfe beim Abschluß derartiger, dem Locarnopakt entsprechender Verträge zur Verfügung zu stellen. In der Diskussion brachte ferner der französische Delegierte Paul-Boncour eine Entschließung ein, in der es heißt: Die Bundesversammlung nehme von dem Bericht des Sekretariats und insbesondere von dem Bericht des Präsidenten der vorbereitenden Abrüstungskommission über die Arbeiten der Unterkommissionen A und B Kenntnis. Sie fordert den Völkerbundrat auf, die vorbereitende Abrüstungskommission zu dem beschleunigten Abschluß der Arbeiten der technischen Kommission zu veranlassen, um in der Lage sein zu können, zu Ende dieses Jahres, oder zu Beginn des nächsten Jahres, bereits das Programm der Weltabrüstungskonferenz vorzulegen, die noch vor Beginn der nächsten Bundesversammlung zusammentreten möge.

Über diesen Antrag sowie über den Antrag des jugoslawischen Delegierten entspann sich eine lange Debatte, in der von verschiedenen Rednern der Gesichtspunkt einer wesentlichen Beschleunigung der Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission hervorgehoben wurde. Am Montag tritt der Ausschuß erneut zusammen, um die Diskussion über die Abrüstungsfragen und insbesondere über die beiden vorgelegten Entschließungen zu beraten.

•

Briand bei Poincaré.

Frankreich soll Friedenspolitik treiben

Briand hatte eine zweistündige Unterredung mit Poincaré, deren Gegenstand die Besprechungen zwischen ihm und dem deutschen Reichsaußenminister war.

Vor der Unterredung hatte Briand die Pressevertreter empfangen, denen er eine längere Erklärung abgab. Er sagte u. a., daß es ihm nicht möglich sei, über seine Unterredung mit Stresemann in Thoiry Näheres zu sagen. Er habe sich zuerst mit seiner Regierung in Verbindung zu setzen, und auch Stresemann werde dasselbe tun. Was ihn anbelange, so werde seine Tätigkeit nach wie vor vom Friedenswillen beseelt sein. Er sei französischer Ministerpräsident während des Krieges gewesen und sei entschlossen, sich während seiner Amtszeit dafür einzusetzen, daß diese grausame Zeit nicht wiederkehre. Er sei überzeugt, daß Frankreich genügend Beweise seiner Heldenmütigkeit abgelegt habe, um nicht den Vorwurf der Demütigung befürchten zu müssen, wenn es eine Friedenspolitik verfolge. Es gäbe im übrigen nur einige wenige Franzosen, die von Demütigung sprächen. In Genf habe er niemanden getroffen, der diesen Vorwurf gegen Frankreich erhoben hätte. Es gälte vor allem, die Kaltblütigkeit nicht zu verlieren.

Auf die Frage, ob er mit Stresemann eine Begegnung in Paris haben werde, antwortete Briand verneinend. Nachdem er mit seiner Regierung dasselbe getan haben werde, werde man weiter sehen. Jetzt, da Deutschland Mitglied des Völkerbundes sei, würden in Zukunft Begegnungen zwischen den Regierungshäuptern der beiden Länder leichter sein als früher. Sobald es ihm möglich sei, werde er Näheres mitteilen.

Wiederzusammentritt des Preußischen Landtags

Berlin. Der Ältestenrat des Preußischen Landtages beschloß, daß die erste Plenarsitzung des Landtages nach der Sommerpause am Mittwoch, den 6. Oktober stattfinden soll. Als Beratungsstoff für die erste Sitzung ist u. a. in Aussicht genommen die erste Beratung der Novelle zum Finanzausgleichsgesetz und die vom Staatsrat vorgeschlagene Novelle über die Abänderung der Gewerbesteuer. Für die ersten Tage des Wiederzusammentritts sollen vor allem auch die Justizvorgänge in Magdeburg im Rahmen der Großen Anfragen der Sozialdemokraten und der Kommunisten, zu deren Beantwortung sich die Regierung bereit erklärt hat, sowie die Interpellationen über die Typhusepidemie in Hannover zur Besprechung gestellt werden.

•

Die Rückgabe des deutschen Eigentums in Amerika.

Newyork. Nach einer Meldung des „Wallstreet-Journal" hat der stellvertretende Schatzsekretär Winston erklärt, es sei ihm vom Vorsitzenden des Budgetausschusses, Green, die Mitteilung zugegangen, daß in der kommenden Parlamentssession ein ähnlicher Antrag auf Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums eingebracht werden würde wie seinerzeit die Millsbill. Das Schatzamt sei durchaus gegen jeden Vorschlag, der eine direkte Konfiszierung bedeute.

•

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Entschließungen des Deutschen Städtetages.

An die Ausführungen des Präsidenten Dr. Mulert zur Frage der Finanzreform schloß sich eine Aussprache, an der auch Reichsinnenminister Dr. Külz sowie der ehemalige Reichswirtschaftsminister Hamm teilnahmen. Zum Schluß fand eine Entschließung einstimmige Annahme, derzufolge die Städte erneut eine endgültige Regelung des Finanzausgleichs verlangen. In der Entschließung wird ferner gegen die gegenwärtige Regelung der Hauszinssteuer Protest erhoben.

Der Städtetag beschäftigte sich sodann mit dem Arbeitslosenproblem. Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Böß, Berlin, gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß gestern alle Mitglieder des Reichswirtschaftsrates sich für ein Arbeitslosengesetz ausgesprochen haben. Man müsse aber Wert darauf legen, so betonte Dr. Böß, die Arbeitslosenversicherung von vornherein als ein Ganzes auszubauen; es dürften keineswegs nur Teilfragen gelöst und andere Fragen wiederum der Selbstverwaltung überlassen werden.

Prof. v. Zwiedineck-Südenhorst kam als Hauptreferent zu dem Schluß, daß die Arbeitslosenversicherung zur Beseitigung der gegenwärtigen Erwerbslosigkeit untauglich sei. Görlingen-Köln hielt den Ausbau der Arbeitslosenversicherung und die Durchführung von Notstandsprogrammen für die wichtigsten Gegenmittel gegen die Arbeitslosigkeit. Als dritter Referent sprach der bayerische Rechtsrat Dr. Kleindienst-Augsburg. Er lehnt das System der produktiven Erwerbslosenfürsorge ab, sieht in einer Verstärkung der ländlichen Siedlungspolitik und planmäßiger Förderung der Auswanderung die wichtigsten Hilfsmittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

In einer vom Vorstand des Deutschen Städtetages ausgearbeiteten Entschließung wird eindringlich auf Stärkung des inneren Marktes durch Steigerung der Kaufkraft der breiten Massen hingewiesen. Als vorläufige Zwischenmaßnahme sei das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung zu begrüßen, wobei es zweifelhaft bleibt, ob durch die Art der Ankündigung die ausgelösten Erwartungen erfüllt werden können. Die Städte verlangen stärkere Heranziehung bei der Durcharbeitung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes. Im Mittelpunkt aller Maßnahmen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit müßte die programmäßige Durchführung eines Wohnungsbauprogramms stehen. Die Erwerbslosenfürsorge müsse baldigst in eine gesetzliche Arbeitslosenversicherung übergeführt werden, die die gesamten hierbei zu berücksichtigenden Fragen einheitlich regelt und die notwendige Mitwirkung der Gemeinden sicherstellt. Mit der Annahme dieser Entschließung war das Arbeitsprogramm des diesjährigen Deutschen Städtetages beschlossen.

Der Reichspräsident im Manövergelände.

Anerkennung für die Truppen.

Reichspräsident von Hindenburg ist, herzlich begrüßt, in Bad Mergentheim eingetroffen, um den süddeutschen Manövern beizuwohnen. Der Reichspräsident und Reichswehrminister Dr. Geßler begaben sich schon am Sonnabend

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF